

# Im Brennpunkt: Totalrevision des Alkoholgesetzes

Das Alkoholgesetz von 1886 mit seinen zahlreichen Änderungen ist schwerfällig geworden. Eine völlige Überarbeitung ist nötig. Alexandre Schmidt, seit 1. Juni 2008 Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung EAV, erläutert im Gespräch mit Hansjürg Zehnder, welche Vorschläge in die Vernehmlassung geschickt werden und bis wann mit einer Umsetzung zu rechnen ist.

**Herr Schmidt, Sie sind seit neun Monaten neuer Direktor der EAV. Hat die anstehende Revision des Alkoholgesetzes von 1932 mit Ihrer Person zu tun?**

Schmidt: Ja. Ich habe den Auftrag bekommen, die Totalrevision des Alkoholgesetz-



**Alexandre Schmidt, verheiratet, zwei Söhne**

Studium am Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales in Genf, 1994 Abschluss mit dem Lizenziat in internationalen Beziehungen.

Ab 1995 Teilzeitarbeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Eidgenössischen Finanzdepartement in Bern.

1995–1997 berufsbegleitende Weiterbildung zum Master in Verwaltungswissenschaften am Institut des Hautes Etudes en Administration Publique in Lausanne.

2002–2007 Persönlicher Mitarbeiter beim Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements.

Seit dem 1. Juni 2008 ist Alexandre Schmidt Direktor der Eidgenössischen Alkoholverwaltung in Bern.

zes aufzugleisen und durchzuziehen sowie eine Neugestaltung der EAV vorzunehmen.

**Welches sind die Kernpunkte des geplanten neuen Alkoholgesetzes?**

Die beiden Alkoholmonopole des Bundes, das Ethanolimportmonopol und das Monopol zur Herstellung von Spirituosen, sollen abgeschafft werden.

Alkohol ist als unverzichtbarer technischer Bestandteil in tausenden von Produkten vorhanden. Es soll aber nicht mehr Aufgabe des Staates sein, dafür Alkohol zu importieren und zu verkaufen. Selbstverständlich müsste der freie Import und Handel von technischem Ethanol kontrolliert werden. Ich kann mir vorstellen, dass Importeure über eine Lizenz verfügen und in einem öffentlichen Verzeichnis aufgeführt sind. So herrscht Transparenz und neben der staatlichen kann auch die Selbstkontrolle wirken.

Der Bund stellt selber keine Spirituosen her, aber er erteilt Brennkonzessionen und macht Auflagen. Hier will man der Branche das Leben etwas erleichtern und so ihre Konkurrenzfähigkeit verbessern.

**Hat der Bund mit den beiden Monopolen nicht auch Geld verdient?**

Unsere Verkaufspreise für Ethanol waren immer Selbstkostenpreise. Geld wird beim Verkauf von Trinksprit durch die Alkoholsteuer eingenommen. Aber machte der Anteil von Trinkalkohol in den 30er-

und 40er-Jahren des letzten Jahrhunderts noch 30 % des importierten Ethanols aus, sind es heute noch 3 %. Vergleichsweise Peanuts also! Ausserdem geht dieser «Gewinn» nicht an den Bund, sondern zu 90 % an die AHV und zu 10 % an die Kantone.

**Was soll sich für die einheimischen Brenner ändern?**

Das Brennbuch wird abgeschafft, die Plombierung von Brenngeräten entfällt, die Depotleistungen für Steuerforderungen des Bundes werden stark reduziert und die steuerlich begünstigte Spirituosenmenge für Kleinproduzenten wird von 5 auf 30 Liter reinen Alkohols erhöht. Diese Anpassung der Alkoholverordnung tritt bereits am 1. Juli dieses Jahres in Kraft. Weitere Massnahmen können erst mit der Totalrevision in etwa vier Jahren ihre Wirkung entfalten.

**Da bewegt sich aber einiges.**

Die Abschaffung dieser Staatsmonopole muss behutsam vorgenommen werden. Es soll eine Marktöffnung stattfinden und es sollen keine Privatmonopole durch finanzkräftige Importeure entstehen.

**Und wie soll die Neuordnung der EAV aussehen?**

Es geht nicht nur um die EAV. Beim Bund befassen sich 16 Amtsstellen in fünf Departementen mit Alkohol, dazu kommen noch die kantonalen und kommunalen Stellen. Hier gibt es zwangsläufig viele Doppelspurigkeiten. Es braucht eine sorgfältige Reorganisation. Der Bund kann nicht einfach befehlen. Er muss auf die Kantone Rücksicht nehmen. Man könnte sich die Schaffung von wenigen, gut vernetzten Kompetenzzentren vorstel-

len. Eine Zentralisierung von Kantonsaufgaben ist nicht vorgesehen.

### **Wird die EAV zu einem Kompetenzzentrum?**

Das Wissen um Fragen des Alkohols in der EAV ist ausserordentlich umfassend. Was ausserhalb der EAV fehlt, ist das Wissen um den Zusammenhang von Markt, Handel und Prävention. Hier möchte ich unser Wissen und unsere Erfahrungen einbringen. Wohin das führt, ist offen. Möglicherweise wird die EAV ein normales Bundesamt oder sie wird sogar aufgelöst.

### **Widerspricht das Ziel der Alkoholprävention nicht den Bestrebungen der EAV, die Qualität einheimischer Spirituosen zu verbessern?**

Das ist kein zwingender Widerspruch! Bei der Alkoholprävention wurden bisher vorwiegend die Spirituosen ins Visier genommen. Dabei wurden allein in den 60er Jahren 4 Millionen Obstbäume unter Ausbezahlung von Subventionen vernichtet und unzählige Brenngeschirre angekauft und eingestampft. Das ist jedoch

Geschichte. Heute gilt die Erkenntnis, dass jeder gefällte Hochstammbaum ein Verlust für unsere Landschaft ist. Im Weiteren ist eine Verbesserung der Existenzbedingungen der Brennereibranche und der Landwirtschaft (rund ein Drittel der nationalen Obstproduktion wird zu Spirituosen gebrannt) wichtig. Einheimische Spirituosen haben heute einen Preis, der verhindert, dass sie für Alkoholexzesse missbraucht werden.

### **In der Alkoholprävention steht ein Minimalpreis für alkoholische Getränke zur Debatte.**

Schädlicher Alkoholkonsum soll bekämpft werden, eine allgemeine Alkoholabstinenz wird jedoch nicht angestrebt. Ein Minimalpreis für alkoholische Getränke ist dazu ein mögliches neues Instrument. Wir werden alle vorgeschlagenen Modelle von den Profis der Stelle für Regulierungsfolgeabschätzung des SECO auf ihren Nutzen oder Schaden abwägen lassen.

### **Wie sieht es denn mit einer Weinsteueraus?**

Eine Biersteuer gibt es bereits. Die Einführung einer Weinsteuers steht nicht im Fokus, dafür fehlt ja sogar eine Verfassungsgrundlage.

### **Wo liegen die Knackpunkte beim neuen Alkoholgesetz?**

Ich sehe politische Auseinandersetzungen bei der Marktregulierung, bei Handels- und Werbebeschränkungen sowie bei der Steuerhöhe. Wir werden dazu alle möglichen Ideen durchdenken und entsprechende Vorschläge ausarbeiten. Auf unserem Weg gibt es bestimmt jede Menge Stolpersteine, Lawinen befürchte ich jedoch keine.

### **Wann soll das neue Gesetz in Kraft treten?**

Nach unserem Fahrplan soll die Botschaft bis Ende Jahr in die Vernehmlassung gehen. 2011 geht das Gesetz ins Parlament, 2012 werden die notwendigen Vorbereitungen (Verordnungen, Informationen, Merkblätter) erarbeitet und 2013 sollte das Gesetz in Kraft treten können. <

---

## **Geschichte des schweizerischen Alkoholgesetzes**

Im 19. Jahrhundert machte eine einfache Brenntechnologie den Schnaps zu einem billigen Volksgetränk, wesentlich billiger als Wein. Der billige Schnaps führte zu zügellosem Schnapskonsum und ungehemmtem Umgang mit dem Rausch. Ganze Ortschaften in der Schweiz, aber auch anderswo verfielen Mitte des Jahrhunderts der Schnapsseuche und der mit ihr verbundenen Verwahrlosung. Jeremias Gotthelf war ein scharfer Beobachter der Situation und berichtete in seinen Schriften darüber. Es sollte aber noch ein halbes Jahrhundert dauern, bis das Volk dem Staat den Auftrag zur Bekämpfung des Alkoholismus übertrug.

## **Das erste Alkoholgesetz**

Nach heftigen Abstimmungskämpfen trat das neue Gesetz betreffend gebranntes Wasser am 27. Mai 1887 in Kraft. Unter anderem wurden folgende Grundsätze verankert:

- vom Fabrikationsmonopol ausgenommen ist die Wein-, Obst- und Beerenbrennerei;
- der Bund produziert nicht selber;
- das staatliche Einfuhrmonopol gilt nur für technischen Ethanol;
- auf den von Privaten eingeführten Branntweinen und Brennereirohstoffen wird eine Steuer erhoben;
- die Reineinnahmen der EAV werden auf die Kantone verteilt. Davon haben diese mindestens zehn Prozent zur Bekämpfung des Alkoholismus in seinen

Ursachen und Wirkungen zu verwenden (Alkoholzehntel).

Seither bemühte sich der Bund um die Zivilisierung des Trinkverhaltens der Schweizer Bevölkerung. Diese hat darüber in 14 Abstimmungen befunden.

## **Die Alkoholordnung von 1930/32**

Lange galt die Aufmerksamkeit dem Kampf gegen den Kartoffelschnaps. Als das Ausweichen auf die Obst- und Weinbrennerei augenfällig wurde, wurden 1932 alle gebrannten Wasser dem Gesetz unterstellt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Präventionsbemühungen ausgedehnt. Die EAV zahlte den Bauern Prämien für das Fällen von Obstbäumen. Der Staat

kaufte Brennshäfen auf und übernahm einen Teil des im Inland hergestellten Kernobstbranntweins.

In der Teilrevision von 1980 wurden Handelsrestriktionen beschlossen, von denen die meisten heute noch gelten:

- Verbot von Lockvogelpreisen;
- Verbot der unentgeltlichen Abgabe von Spirituosen;
- Werbeverbote an öffentlichen Gebäuden, Sportplätzen, in Radio und Fernsehen;
- Richtlinien für die Spirituosenwerbung;
- Verbot von Preisvergleichen und Wettbewerben für und mit Alkohol;
- Verkaufsverbot von Spirituosen an Jugendlichen unter 18 Jahren.

## Folgen des EWR

Die Diskussionen und Gesetzesvorlagen im Rahmen des EWR läuteten eine neue Epoche in der Alkoholgesetzgebung ein. Das Prinzip des freien Warenverkehrs und das Verbot, importierte Waren zu diskriminieren, bewirkten entscheidende Veränderungen in den Jahren zwischen 1992 und 2008:

- Das Ethanolmonopol wird in Frage gestellt, aber bis heute nicht aufgehoben;
- Alle gebrannten Wasser werden seit 1999 einheitlich besteuert;
- 2005 wird das Absinth-Verbot aufgehoben.

Die Grundzüge der Alkoholpolitik gelten aber heute noch und sollen beibehalten werden:

- Eine hohe Alkoholsteuer, die rigorose Überwachung und ein aufsässiges Bewilligungsregime soll Produktion, Verkauf und Konsum hochprozentiger Alkoholika unter Kontrolle halten.
- Der Anteil aus der Alkoholsteuer für Alkohol-Prävention und -Therapie ist in der Bundesverfassung fixiert (Alkoholzehntel).



### Volksabstimmungen über Alkoholfragen in der Schweiz sowie weitere wichtige alkoholpolitische Ereignisse 1848–2008

1848	In der Bundesverfassung werden Konsumgebühren verankert (Übernahme der ehemaligen kant. Alkoholsteuern, der sog. Ohmgelder).
1887	Volksabstimmung über das Bundesgesetz betreffend gebranntes Wasser, angenommen am 15.5.1887.
1903	Volksabstimmung über Kleinhandel mit geistigen Getränken, Erhöhung der bewilligungspflichtigen Verkaufsgrenze von 2 auf 10 Liter, verworfen am 25.10.1903.
1908	Absinthverbot: Initiative lanciert vom Schweizerischen Absinthkongress am 17.12.1905 in Bern, angenommen am 5.7.1908.
1923	Eine Revision des Alkoholgesetzes soll die Mängel der Ordnung von 1885–87 beheben, verworfen am 3.6.1923.
1929	Volksinitiative Gemeindebestimmungsrecht (Branntweinverbot-Initiative): Die Initiative solle den Gemeinden das Recht einräumen, selber über Massnahmen zur Alkoholismusbekämpfung zu entscheiden, verworfen am 12.5.1929.
1930–1932	Revision des Alkoholartikels der Bundesverfassung, angenommen am 6.4.1930. Das 1932 erlassene Gesetz tritt ohne Referendum in Kraft.
1941	Reval-Initiative (Revision der Alkoholordnung). Ziel: Wiederherstellung des Regimes von 1885–87. Verworfen am 9.3.1941.
1966	Volksbegehren zur Bekämpfung des Alkoholismus durch Einführung einer Weinsteuer, verworfen am 16.10.1966.
1979	Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung (Guttempler-Initiative), verworfen am 18.2.1979.
1980	Volksabstimmung über die provisorische Neuverteilung des Reinertrages aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser, verworfen am 30.11.1980.
1985	Volksabstimmung über Neuverteilung des Reinertrages aus der fiskalischen Belastung gebrannter Wasser, angenommen am 9.6.1985.
1993	Verbot der Alkohol- und Tabakwerbung (Zwillings-Initiative), verworfen am 28.9.1993.
1996	Aufhebung der Pflicht zum Ankauf von Brennapparaten und zur Übernahme von Branntwein; angenommen am 10.3.1996.
1999	Einführung einer Einheitssteuer auf Alkohol. Das Brennen von Kartoffeln und Getreide wird wieder zugelassen, 1.7.1999.
2005	Das Absinthverbot wird aufgehoben, 1.3.2005.

Quellen: Tisi Francini, Esther, Liste politischer Geschäfte im Alkoholbereich 1848–2005 und historischer Kommentar, Elgg ZH, Bern (BAG) 2006.  
Vgl. auch Muster, Edi, Sechs alkoholpolitische Kraftakte, Volksinitiativen und Volksabstimmungen, [www.edimuster.ch/alkoholgeschichte/abstimmungen.htm](http://www.edimuster.ch/alkoholgeschichte/abstimmungen.htm) (9.9.2008) sowie Angaben EAV.

# Point brûlant: révision totale de la législation sur l'alcool

La législation sur l'alcool de 1886 et ses nombreuses modifications est devenue obsolète. Une révision totale est nécessaire. Alexandre Schmidt, depuis le 1er juin 2008 directeur de la Régie Fédérale des Alcools RFA, explique les propositions lancées dans la soumission et quand est prévue leur mise en application.

**Monsieur Schmidt, vous êtes depuis neuf mois le nouveau directeur de la RFA. Est-ce que cette période, et votre personne, sont en relation avec la prochaine révision de la législation sur les alcools de 1932?**

Schmidt: Oui. J'ai eu pour tâche de lancer



**Alexandre Schmidt, marié, deux fils**

Etudes à l'Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales de Genève, 1994 Licence en Relations Internationales.

A partir de 1995, travaille à temps partiel en tant que collaborateur au Département des finances à Berne.

1995–1997 Formation professionnelle avec Master en Sciences Administratives à l'Institut des Hautes Etudes en Administration Publique à Lausanne.

2002–2007 collaborateur personnel du Chef du Département Fédéral des Finances.

Depuis le 1er juillet 2008, Alexandre Schmidt est directeur de la Régie Fédérale des Alcools à Berne.

la révision totale de la législation sur les alcools et son application ainsi que d'entreprendre la restructuration de la RFA.

**Quels sont les points centraux de la nouvelle législation sur les alcools?**

Les deux monopoles de la Confédération, le monopole sur l'éthanol et le monopole sur la distillation de spiritueux doivent être abrogés.

L'alcool est un composant industriel indispensable, présent dans des milliers de produits. Mais ce n'est ne doit plus être la tâche de l'état que d'importer et vendre de l'alcool à cet effet. Les prix facturés pour l'éthanol étaient des prix coûteux. Il est évident que les nouvellement libres importations et commerce de l'éthanol industriel doivent être contrôlés. Je peux m'imaginer des importateurs possédant une licence et listés dans un registre public. Ainsi obtenons-nous la transparence et, parallèlement au contrôle exercé par l'état, un autocontrôle certainement efficace.

La Confédération ne distille pas de spiritueux, mais octroie des concessions de distillation et impose des servitudes. On veut maintenant alléger la vie de la branche et, ainsi, la rendre plus concurrentielle.

**La Confédération n'a-t-elle pas réalisé de beaux bénéfices avec ces deux monopoles?**

Les prix de vente de l'éthanol étaient toujours des prix coûteux. L'argent va rentrer dans la vente d'alcool à consommer grâce

à l'imposition. Mais, si dans les années 30 et 40 du siècle dernier la part de l'alcool à consommer faisait encore 30% de l'importation d'éthanol, actuellement ce n'est plus que 3% en comparaison. Des peanuts! S'y ajoute que ce gain ne va pas à l'Etat mais pour 90% à l'AVS et 10% aux cantons.

**Qu'est ce qui devrait changer pour les distillateurs autochtones?**

La branche doit voir son existence simplifiée et devenir plus concurrentielle. Le «Registre de distillation» sera éliminé, le plombage des alambics n'est plus exigé, les prestations de dépôt pour les créances d'impôts de l'Etat vont être fortement réduites et la quantité d'alcool dégrevé est portée de 5 à 30 litres d'alcool pur pour les petits producteurs. Cette adaptation à la législation sur l'alcool entre en vigueur au 1er juillet de cette année.

Les autres mesures ne pourront déployer leurs résultats uniquement qu'à la révision totale, c'est-à-dire dans quatre ans.

**Le monde bouge.**

La suppression du monopole de l'Etat doit se dérouler prudemment. Il doit exister une ouverture du marché mais il ne doit pas se créer un monopole privé d'importateurs financièrement puissants.

**Et comment devrait se dérouler la réorganisation de la RAF?**

Il ne s'agit pas seulement de la RFA. Seize offices de cinq départements du Fédéral ont à faire avec l'alcool, s'y ajoutent les bureaux cantonaux et communaux. On rencontre forcément des voies doubles et tout cela exige une réorganisation minutieuse. L'Etat ne peut pas simplement commander. Il doit prendre les cantons en considération. On pourrait s'imaginer la création de

quelques centres de compétences parfaitement reliés. Une centralisation des tâches des cantons n'est pas prévue.

### **Est-ce que la RFA deviendra un centre de compétence?**

Le savoir sur les questions de l'alcool est extrêmement complet à la RFA. Ce qui fait défaut, ailleurs qu'à la RFA, c'est la connaissance des corrélations entre marché, commerce, publicité et prévention. C'est là que j'aimerais faire profiter de notre savoir et de nos expériences. Maintenant, où cela va nous entraîner est encore du domaine du spéculatif. Il est fort possible que la RFA devienne un Office Fédéral normal ou qu'elle soit même liquidée.

### **Est-ce que la prévention contre l'alcool ne va pas à l'encontre de la volonté de la RFA d'améliorer la qualité des spiritueux autochtones?**

Cela n'a rien de contradictoire! La prévention contre l'alcool s'est, jusqu'à maintenant, principalement cristallisée sur les spiritueux. Ce faisant, et uniquement dans le courant des années 60, on a subventionné l'arrachage de 4 millions d'arbres

fruitiers et racheté une grande quantité d'installations de distillation pour les pilonner. Mais ceci appartient à l'histoire. Aujourd'hui, on reconnaît que chaque arbre de haute taille arraché est un appauvrissement de notre paysage. En plus, il est important d'améliorer les conditions d'existence de la branche de distillation de l'alcool et de l'agriculture (en gros, un tiers de la production nationale de fruits est distillée). Les spiritueux autochtones sont vendus actuellement à un prix qui freine tout abus tel quel.

### **Dans le débat sur la prévention contre l'alcool, on discute un prix minimum appliqué aux boissons alcooliques.**

L'abus dans la consommation de boissons alcooliques doit absolument être combattu, mais il y a longtemps que l'on ne cherche plus à prôner l'abstinence totale. Un prix minimum imposé aux boissons alcooliques serait un nouvel instrument valable. Nous allons laisser évaluer sur leur utilité ou leur préjudice tous les modèles suggérés par les professionnels du bureau pour l'évaluation de l'impact de la régulation de la SECO.

### **Qu'en est-il d'une taxe sur le vin?**

Il existe déjà une taxe sur la bière. L'introduction d'un impôt sur le vin n'est pas en mire, pour cela manque même un article constitutionnel.

### **Où sont les points de rupture de la nouvelle réglementation sur l'alcool?**

Je vois des problèmes dans la régulation du marché, dans la limitation du commerce et de la publicité ainsi que dans l'importance des taxes. Nous allons réfléchir sur toutes sortes d'idées et travailler sur les propositions corrélatives. Notre chemin est jonché d'une belle quantité d'écueils, mais je ne redoute aucune avalanche.

### **Quand la nouvelle législation doit-elle entrer en vigueur?**

Selon notre calendrier, l'ambassade devrait aller en consultation d'ici à la fin de l'année. En 2011, la loi passera devant le parlement, les préparations nécessaires seront exécutées (ordonnances, informations, aide-mémoire) seront travaillées en 2012 et la législation devrait entrer en vigueur en 2013. <

## **Histoire de la législation suisse de l'alcool**

Au 19<sup>ème</sup> siècle, la technologie simplifiée de distillation faisait de la gnôle l'une des boissons les plus populaires, nettement meilleure marché que le vin. Cet alcool de médiocre qualité et bon marché est devenue la drogue la plus répandue dans les couches les moins favorisées de la population avec des conséquences désastreuses du taux d'ivrognerie et pour la santé. Des communes entières de Suisse, et d'ailleurs également, furent touchées par l'alcoolisme et la paupérisation reliée. Jeremias Gotthelf a été un observateur pointu de la situation et l'a souvent décrite dans ses œuvres. Mais il a fallu attendre encore un demi-siècle avant que le peuple transmette à l'Etat le droit de combattre l'alcoolisme.

## **La première loi sur l'alcool**

Après des débats passionnels, la nouvelle loi touchant l'eau-de-vie de pomme de terre entra en vigueur le 27 mai 1887. Avec les principes de base suivants dans le nouvel article constitutionnel:

- hors monopole sont le vin et les distillats de fruits et de baies;
- l'Etat n'est pas producteur;
- le monopole d'importation de l'Etat n'est valable que pour l'éthanol industriel;
- une taxe sera levée sur les spiritueux et les matériaux à distiller importés par des personnes privées;
- le bénéfice net réalisé par la Régie des alcools sera partagé entre les cantons. De cette part, ces derniers devront utiliser au moins 10% pour combattre les causes et les effets de l'abus de subs-

tances engendrant la dépendance (la dîme de l'alcool).

Depuis, la Confédération s'efforce de civiliser le comportement de la population suisse face à l'alcool. Cette dernière a déjà du voter sur 14 propositions.

## **La nouvelle loi sur l'alcool de 1930/32**

La volonté était tout d'abord de combattre la production d'alcool de pomme de terre. Dès qu'il devint évident que les distillats de fruits et de vin avaient la même influence, toutes les eaux-de-vie furent placées sous le coup de la loi en 1932.

Après la seconde guerre mondiale, les efforts de prévention furent élargis. La RFA payait des primes aux paysans qui coupaient leurs arbres fruitiers. L'état acheta les alambics et reprit une partie des spi-

ritueux distillés à partir de fruits à noyau autochtones.

La révision partielle de 1980 introduit des restrictions de commerce qui sont, pour la plupart, encore valables aujourd'hui:

- interdiction de casser les prix;
- interdiction de faire cadeau de spiritueux;
- interdiction de faire de la publicité sur les bâtiments publics, les places de sport, à la radio ou à la télévision;
- directives de publicité des spiritueux;
- interdiction de comparaison des prix et de concours pour et avec de l'alcool;
- interdiction de la vente de produits alcooliques aux adolescents de moins de 18 ans.

### Suites de la EEE

La discussion et les projets de loi dans le cadre de l'Espace Économique Européen ont ouvert une nouvelle époque dans la législation sur les alcools. Le principe de libre échange des marchandises ainsi que l'interdiction de discriminer les marchandises importées provoque des modifications décisives au cours des années 1992 à 2008:

- le monopole de l'éthanol est remis en question, mais pas encore abrogé jusqu'à aujourd'hui;
- tous les spiritueux sont unitairement imposés depuis 1999;
- l'interdiction de l'absinthe est relevée en 2005.

Cependant, les lignes de base de la politique sur l'alcool sont toujours valables aujourd'hui et doivent le rester:

- Un haut taux d'imposition de l'alcool, une surveillance rigoureuse ainsi qu'un régime d'autorisation solide doivent garder le contrôle sur la production, la vente et la consommation des spiritueux.
- La part de l'impôt sur l'alcool destiné à la prévention et la thérapie de l'alcoolisme est fixée par la Constitution (dîme de l'alcool).



### Votation fédérale sur les questions de l'alcool en Suisse ainsi que d'autres événements politiques importants concernant l'alcool 1848–2008

1848	La Constitution instaure un impôt sur les biens de consommation (reprise de l'ancien impôt cantonal, le dit impôt sur les boissons alcoolisées).
1887	Votation fédérale sur une loi fédérale concernant les eaux-de vie, acceptée le 15.5.1887.
1903	Votation fédérale sur le petit commerce de boissons spiritueuses, augmentation de la limite de droit à la vente de 2 à 10 litres, rejetée le 25.10.1903.
1908	Interdiction de l'absinthe: initiative lancée par le congrès sur l'absinthe siégeant à Berne le 17.12.1905, acceptée le 5.7.1908.
1923	Une révision de la loi sur l'alcool doit éliminer les déficiences de l'ordonnance de 1885–87, rejetée le 3.6.1923.
1929	Initiative populaire du droit de décision des communes (initiative eau-de-vie): l'initiative devait accorder aux communes le droit de décider sur les mesures à prendre dans la lutte contre l'alcoolisme, rejetée le 12.5.1929.
1930 / 1932	Révision de l'article sur l'alcool inscrit dans la Constitution, acceptée le 6.4.1930. La loi édictée en 1932 entre en vigueur sans référendum.
1941	Initiative Reval (Révision de l'ordonnance sur l'alcool). Objectif: réhabilitation du régime de 1885/87. Rejetée le 9.3.1941.
1966	Initiative populaire pour le combat contre l'alcoolisme par l'introduction d'un impôt sur le vin, rejetée le 16.10.1966.
1979	Interdiction de la publicité pour le tabac et l'alcool (Initiative Guttempler), rejetée le 18.2.1979.
1980	Votation fédérale sur le partage provisoire du bénéfice net de l'imposition fiscale sur les spiritueux, rejetée le 30.11.1980.
1985	Votation fédérale sur le nouveau partage du bénéfice net réalisé sur l'imposition fiscale des spiritueux, acceptée le 9.6.1985.
1993	Interdiction de la publicité sur l'alcool et le tabac (Initiative Zwilling), rejetée le 28.9.1993.
1996	Abrogation de l'obligation sur l'achat des alambics et sur la reprise des eaux-de-vie; acceptée le 10.3.1996
1999	Introduction d'un taux d'impôt unique sur l'alcool. La distillation des pommes de terre et des céréales est à nouveau autorisée, 1.7.1999.
2005	Abrogation de l'interdiction de l'absinthe, 1.3.2005.

Sources: Tisi Francini, Esther, Liste politischer Geschäfte im Alkoholbereich 1848–2005 und historischer Kommentar, Elgg ZH, Bern (BAG) 2006. Vgl. auch Muster, Edi, Sechs alkoholpolitische Kraftakte, Volksinitiativen und Volksabstimmungen, [www.edimuster.ch/alkoholgeschichte/abstimmungen.htm](http://www.edimuster.ch/alkoholgeschichte/abstimmungen.htm) (9.9.2008). Ainsi qu'informations de la RFA.